

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 25614

Abdruck dieses Blattes mit Ausnahme der Gesetze und Verfügungen nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelbestellung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Kurierfahrer zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6.25 Mk., durch die Post bezogen monatlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postämter sowie unsere Kurierfahrer und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, oder sonstiger Betriebsstörungen, bei der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 2 Mk. für die 6-spaltige Reklamzeile über deren Raum, Anzeigen, die 2-spaltige Reklamzeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zielanmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Reklamzeile 3 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 205.

Freitag den 2. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Feueralarm betr. Es wird hiermit bekannt gemacht, daß bei Entdeckung eines Schadenfeuers in der Stadt sofort durch fortgesetztes Anschlag der Glocke auf dem Rathausurme alarmiert wird. Außerdem werden noch wie bisher die dritte und die große Glocke der Nicolaiskirche angeschlagen. — Bei auswärtigen Bränden bleibt das bisherige dreimalige Anschlag der Rathausglocke auch weiterhin beibehalten. Ebenso wird bei auswärtigen Bränden die Richtung wie bisher am Tage durch eine Fahne und abends durch eine Laterne gekennzeichnet. Wilsdruff, am 31. August 1921. Der Stadtrat.

Bekanntmachung

der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilsdruff-Land.

Die Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses findet am Sonntag den 16. Oktober 1921 im „Gasthof zum Weißen Adler“ in Wilsdruff in der Zeit von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr statt

für die Arbeitgeber im großen Saale,
für die Versicherten im weißen Saale.

Zu wählen sind:

18 Arbeitgebervertreter und zwar:

6 Vertreter als Ausschußmitglieder,
12 Vertreter als Erfogsmänner und

36 Versichertenvertreter und zwar:

in Gruppe A

10 Vertreter als Ausschußmitglieder,
20 Vertreter als Erfogsmänner,

in Gruppe B

2 Vertreter als Ausschußmitglieder,
4 Vertreter als Erfogsmänner.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschlüge bis spätestens 17. September 1921 bei dem unterzeichneten Kassenvorstand einzureichen. Wahlvorschlüge, die nach diesem Tage eingehen, können nicht berücksichtigt werden.

Die Wahlvorschlüge liegen nach ihrer Zulassung in der Hauptgeschäftsstelle in Klipphausen zur Einsichtnahme aus. Bei den örtlichen Meldestellen können auch die als Wählerlisten dienenden Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse eingesehen werden. Etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem Kassenvorstand einzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Wahlausschuß befugt ist, die Wahl- und Stimmberechtigung jeden Wählers zu prüfen und es empfiehlt sich daher, einen Ausweis zur Wahlhandlung mitzubringen.

Im übrigen wird auf die Bestimmungen in § 86 der Satzung und die derselben angefügte Wahlordnung aufmerksam gemacht.

Klipphausen, am 25. August 1921.

Der Vorstand.

O. Friedrich, Vorsitzender.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In Berlin und anderen Städten des Reiches fanden große Demonstrationen infolge der Ermordung Erzbergers statt.
- * Der Belagerungszustand für Mitteldeutschland und Ostpreußen ist ab 1. September aufgehoben worden.
- * Die französische Kammerkommission für finanzielle Angelegenheiten hat einstimmig erklärt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages es nicht zulassen, daß Frankreich bei Bestätigung der ersten deutschen Währungsübergangswird.
- * Die Griechen haben mit der Räumung von Edirne begonnen und die Stadt in Brand gesetzt.
- * Der Sonderfrieden zwischen Amerika und Ungarn ist in Budapest unterzeichnet worden.
- * Der amerikanische Marineattaché Lord hat erklärt, daß nach dem Unfall des englischen Luftschiffs „L. N. 38“ Amerika keine größeren Luftschiffe mehr in Auftrag geben wird.

Deutschfeindliche Treibereien.

Wenige Tage nach der Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages ist auch mit Italien ein sogenannter Wirtschaftsvertrag zustande gekommen. Er sieht selbstverständlich auf dem Boden der Gleichberechtigung beider Teile und trägt der Tatsache vollauf Rechnung, daß im Handelsverkehr zwischen uns und unseren ehemaligen Verbündeten nicht nur von einer Seite gegeben, nicht nur von der anderen Seite genommen wird. Es ist eine Art Rahmenvertrag, der der Ausfüllung durch die Wirtschaftsträger haben und drüben bedarf. Je mehr aus unserer Seite die Erzeugung gesteigert, alle Kräfte zur Überwindung der Wirtschaftsschwierigkeiten zusammengegriffen werden, desto größer wird der Nutzen sein, den wir aus diesen erneuerten Beziehungen zum Süden werden einheimen können. Und mit dem wirtschaftlichen Vorteil pflegt neuerdings, noch mehr als je zuvor, der politische Hand in Hand zu gehen.

Leider wird die Befriedigung über diesen Vertrag durch einen Zwischenfall außerordentlich herabgemindert, der kurz vor der Unterzeichnung in Rom hervortrat. Ein italienisches Blatt veröffentlichte einen angeblichen Geheimbericht des zur deutschen Botschaft gehörenden Herrn v. Stobber, in dem mit deutlich zwischen den Zeilen durchschimmernder Freude festgesetzt wurde, daß Deutschland wieder nahe daran sei, sich zum Herren des italienischen Wirtschaftsmarktes zu machen. Leicht begreiflich, daß der deutschfeindliche Teil der italienischen Presse sich auf diese Veröffentlichung stützte, und daß daraus schwere Vorwürfe gegen unsere amtliche Vertretung in der italienischen Hauptstadt hergeleitet wurden. Die deutsche Botschaft faumte keinen Augenblick, und erklärte auf das Bündigste, daß hier eine Fälschung vorliegen müsse, denn von einem Geheimbericht des bezeichneten Inhalts sei ihr nicht das mindeste bekannt. Man deutete an, daß hier Intriganten am Werke seien, um die Wiederanbahnung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Italien schon in der ersten Entwicklung zu treffen. Wer da weiß, welcher Mittel sich insbesondere das französische Kapital zu bedienen versteht, um namentlich in Oberitalien jede Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, der wird diese Andeutung auch keineswegs unberechtigt finden. Nur pflegt man auf deutscher Seite nicht mit gleicher Skrupellosigkeit zu verfahren, sonst würde wohl auch hier mancherlei Material zur Verfügung stehen, das die wahren Motive französischer Bundesfreundschaft für „die lateinische Schmelze“ sehr deutlich kennzeichnen würde. Man weiß offenbar anderwärts ganz genau, daß man sich auf die Verschwiegenheit deutscher Vertretungen einigermassen verlassen kann.

Im vorliegenden Fall ist nun aber die Angelegenheit mit dem Dementi der deutschen Botschaft nicht erledigt. Die Echtheit des Geheimberichts wird trotzdem nach wie vor von ihren Urhebern behauptet. Auch neutrale Mütter bezeichnen es als Pflicht der Regierung, unbedingte Klarstellung herbeizuführen, indem sie sich des veröffentlichten Dokumentes bemächtigt und seine Echtheit oder Falschheit feststelle. Werde es als echt erkannt, dann allerdings könnte von einem weiteren Verbleiben der gegenwärtigen diplomatischen Vertretung des Deutschen Reiches in Rom keine Rede sein. Das Blatt, von dem die Veröffentlichung ausgegangen ist, sucht sich dieser Forderung gegenüber mit der Erklärung zu decken, daß der Geheimbericht, der ihm vorgelegen habe, lediglich ein mit der Maschine geschriebenes Manuskript gewesen sei, dessen photographische Wiedergabe nichts beweisen würde. Wichtiger als die verlangte Nachprüfung sei die Feststellung, ob der Inhalt des Berichtes den Tatsachen entspreche oder nicht. Und ein zweites Blatt, das von dem Bericht gleichfalls Kenntnis erlangt haben will, sagt noch aus eigener Wissenschaft hinzu, daß in ihm zwei italienische Zeitungen als Empfänger recht hoher Beiträge von Seiten der Deutschen Regierung genannt worden seien.

Also eine recht dunkle und vielleicht auch eine recht schmutzige Angelegenheit. Sollte die Enthüllung den Zweck verfolgt haben, die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin, von denen man wohl wußte, daß sie ihrem Abschluß entgegengingen, noch im letzten Augenblick zu zerschlagen, so ist diese Absicht, wie man weiß, nicht erreicht worden. Für Deutschland aber darf der Zwischenfall damit selbstverständlich nicht erledigt sein. Wir zweifeln nicht daran, daß weder unsere Regierung noch unsere Vertretung in Rom in diesem Punkte das volle Licht der Öffentlichkeit zu scheuen braucht.

Die Meinung des Völkerbundesrates.

Entscheidung Anfang Oktober?

In den Kreisen des Völkerbundesrates in Genf nimmt man immer noch an, daß der Völkerbundsrat die Frage zunächst an eine ausschließlich aus Neutralen zusammengesetzte Kommission von Wirtschafts- und Rechtsfachverständigen verweisen wird, von der wahrscheinlich einige Mitglieder den Auftrag erhalten werden, an Ort und Stelle durch eigenen Augenschein die Behauptungen der Dokumente zu berichtigen oder zu bestätigen. Nach einer Davosmeldung wird der Völkerbundsrat in der Lage sein, sein Gutachten in der Oberschlesischen Frage in der ersten Oktoberwoche bekanntzugeben. Wenn sich eine Abereinbarung nicht erzielen lassen sollte, so müsse der Rat die Oberschlesische Frage an den Internationalen Gerichtshof verweisen.

Neue Mordtaten in Oberschlesien.

Nach einer Meldung aus Breslau wurden auf der Chaussee zwischen Peute und Bohrau die Leichen von vier Selbstmordkandidaten aufgefunden. Sie wiesen Schuß- und Schlagwunden auf. Beamte der Breslauer Kriminalpolizei haben sich bereits an den Tatort begeben, um den neuen Mord aufzuklären. — Nach anderen zuverlässigen Meldungen befinden sich in Oberschlesien zurzeit stehende Abteilungen regulärer polnischer Militärs in einer Gesamtstärke von etwa 10 000 Mann. Hauptsächlich halten sich diese Truppen in dem Kreise Neß und Rybnik auf, und zwar immer in der Nähe der polnischen Grenze. Auch kann man diese Soldaten nur selten in Uniform sehen. Sie bewegen sich sehr unauffällig und sollen nur für den Fall eines neuen Aufstandes zusammengezogen werden.

Die Kundgebungen in Berlin.

s. Berlin, 31. August.

Ganz Berlin stand heute nachmittags unter dem Zeichen der von den beiden sozialistischen Parteien, den Kommunisten, einigen den Demokraten und dem Zentrum nahestehenden Verbänden einberufenen Massen demonstration im Berliner Lustgarten, die in der Erregung über die Ermordung Erzbergers ihre Ursache hatte. Die meisten größeren Betriebe wurden gegen 2 Uhr nachmittags stillgelegt. Nur in Krankenhäusern, Gas- und Elektrizitätsanstalten, sowie bei der Eisenbahn und Straßenbahn wurde der Betrieb aufrechterhalten. Der Aufmarsch der Arbeiter und Angestellten erfolgte von den einzelnen Betrieben aus. Auf den Straßen bildeten sich Züge von imposanter Länge. Im Lustgarten gaben Trompetensignale das Zeichen für die einzelnen Redner. Auch die Arbeitslosen nahmen an der Demonstration teil, dagegen keine Reichsminister, da keiner von ihnen in Berlin weilte.

Die Berliner Schutzpolizei hatte angesichts der Versammlungen aller an den Demonstrationen beteiligten Parteien, daß der Tag nur durch eine ruhige Kundgebung begangen werden soll, von der Einrichtung eines besonderen Straßendienstes Abstand genommen. Es war nur dafür Sorge getragen worden, daß der Baumkreis von geschlossenen Trupps nicht überschritten wird. Die Schutzpolizei befand sich aber selbstverständlich in Alarmbereitschaft.

Im Lustgarten.

Der ganze Lustgarten wie die Schloßfreiheit bis zum Alten Museum von der Brücke bis zum Dom waren von einer Menschenmenge gefüllt, die wohl weit über hunderttausend Köpfe zählte. Tausende von roten und schwarzroten Fahnen, sowie von Schildern mit Inschriften waren auf dem weiten Platz sichtbar. Ferner bewegten sich auf den Zugangsstreifen, besonders unter den Linden, unabsehbare Züge aus den einzelnen Betrieben nach dem Lustgarten, als pünktlich 4 1/2 Uhr die Reden begannen. Von zahlreichen erhöhten Stellen aus sprachen Tausende von Rednern, die von der Menge mit lautem Beifall begrüßt wurden. Alle Bäume und Laternenpfähle, alle Geländer und Treppen, sowie die Denkmäler waren von einzelnen jungen Leuten mit roten Fahnen erklettert worden, sogar auf dem Denkmal Kaiser Wilhelm I. in der Schloßfreiheit sah man Leute, und auf dem Helm des Kaisers sah ein junger Bursche, der eine rote Fahne schwenkte. Die Versammlung verlief zunächst anscheinend ohne jeden Zwischenfall.

Demonstrationen im Reich.

In den meisten größeren Städten des Reiches, so u. a. in Braunschweig, Kiel, Frankfurt a. M. und an vielen anderen Orten, wickelten sich ebenfalls von den sozialistischen Parteien veranstaltete Kundgebungen in gleicher Richtung und ähnlichen Charakter ab. Bierschänken waren die Betriebe von mittags an stillgelegt, die Straßenbahnen verkehrten nicht, nur die lebensnotwendigen Betriebe wurden in Gang gehalten.

Verbotene Zeitungen.

Die Wirkung der neuen Verordnung.

Die Regierung hat aus ihrer neuen Verordnung zum Schutze der staatlichen Ordnung, in der auch vorgesehen war, daß Presseorgane, die anfeindende Artikel bringen, verboten werden können, sehr schnell Gebrauch gemacht. Der Minister des Innern hat bereits neun durchweg rechtsstehende Zeitungen auf die Dauer von 14 Tagen verboten: das Deutsche Abendblatt (8-Uhr-Ausgabe des Deutschen